

# Elbeblatt und Anzeiger.

## Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, der Königl. Amtsgerichte Riesa und Strehla, sowie des Stadtraths zu Riesa.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa.

Für die Redaction verantwortlich: L. Langer in Riesa.

N<sup>o</sup> 129.

Donnerstag, den 2. November 1882.

35. Jahrg.

Erscheint in Riesa wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark 25 Pf. — Bestellungen nehmen alle Kaiserl. Postanstalten, die Expeditionen in Riesa und Strehla (L. Schön), sowie alle Boten entgegen. — Inserate, welche bei dem ausgebreiteten Leserkreise eine wirksame Veröffentlichung finden, erbiten wir uns bis Tags vorher Vormittags 10 Uhr.

### Erledigt

Hat sich der gegen die Dienstmagd **Henriette Junkert** aus Mühlberg unter dem 21. d. M. erlassene Steckbrief durch deren Aufgreifung, Strehla, am 30. October 1882.

Der Königl. Amtsanwalt.  
Erchenbrecher, Ref.

### Abonnements

auf das „Elbeblatt und Anzeiger“ für die Monate

**November und December**

werden noch von sämtl. kaiserl. Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Expeditionen in Riesa und Strehla, sowie unseren Boten zum Preise von 85 Pf. angenommen.

Die Verlags-Expedition.

### Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Berlin, 31. October.

Der Reichstag hat unter dem 22. d. M. bei dem Bundesrath beantragt, mit dem 1. April 1883 das kaiserliche Hauptzollamt in Bremen aufzuheben. In der Begründung wird an den Beschluß des Bundesrathes vom 15. November v. J. erinnert, der dahin geht, die kaiserlichen Hauptzollämter in den Hansestädten, so weit sie nicht durch Zollanschluss auf die Staaten übergehen, in denen sie ihren Sitz haben, aufzuheben. Es sei bereits das Hauptzollamt zu Lübeck aufgehoben worden und nunmehr wäre dasjenige zu Bremen gleichfalls in Wegfall zu bringen.

Dem Hauptorgan der Freiconservativen darf man vielleicht so viel Fühlung mit den leitenden Kreisen zu vertrauen, um aus seinen Auslassungen einen Schluß auf die Stimmung derselben ziehen zu können. So schreibt die „Post“: Vielleicht noch niemals ist gerade die deutschkonservative Fraktion so sehr auf die Autorität der Staatsregierung, insbesondere auf den Namen des Fürsten Bismarck gewöhnt, wie gerade im verflochtenen Wahlkampf. Diese Thatsache ist um so folgenschwerer, als es zu einer konservativ-nationalliberalen Majorität der Mitwirkung der „Reichsboten“-Gruppe nicht bedarf, während die Möglichkeit einer erfolgreichen Koalition der Extremen mit dem Centrum, wie sie im Reichstage die Annahme des Wadthorstschen Antrages auf Aufhebung des Reichsgefuges gegen die unbefugte Ausübung geistlicher Aemter herbeiführte, völlig ausgeschlossen ist. Die Staatsregierung hat der directen Opposition diese schwere Niederlage beigebracht, indem sie auf das Entschiedenste Front gegen die beiden Extreme machte und auf die gemäßigten Elemente in beiden Lagern sich stützen zu wollen erklärte. Das neue Abgeordnetenhaus bietet in ungleich höherem Maße als das frühere die parlamentarische Unterlage für eine solche Politik. Wir zweifeln nicht daran, daß der leitende Staatsmann die zu positivem Mitwirken bereiten Elemente von rechts und links zu fruchtbarem Schaffen zum Besten unseres Vaterlandes zusammenzufassen wissen wird.

Der königl. Hofische Bezirksassessor von Einsiedel, welcher bei der Amtshauptmannschaft Döbeln beschäftigt war, ist dem Vernehmen nach in das auswärtige Amt des deutschen Reiches berufen und wird in den nächsten Tagen deshalb in Berlin eintreffen.

Nichtofficiellen Beromschlagungen nach wird der preussische Etat für das nächste Jahr mit einem Deficit von 30 bis 40 Millionen schließen, welches zum großen Theil durch Erhöhung der Beamtengehälter veranlaßt wird.

Die vor zwei Jahren eingeleitete Verbesserung des Landpostwesens hat nicht allein im Inlande allseitige Anerkennung gefunden, sondern auch die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gezogen. Augenblicklich weist der dänische Postrath Schulz in Deutschland, um speciell von den diesseitigen Landposteinrichtungen Kenntniß zu nehmen.

Die Prüfungscommission unter dem Vorsitz des Ministerial-Raths Strenge ist in der Tabaksmanufactur auf solche Schwierigkeiten gestoßen, daß die Regierung die Unterstützung des Rechnungshofes des deutschen Reiches erbeten hat, um die gesammte Buch- und Kassenführung von 1881 zu prüfen.

**Frankreich.** „Biele Privatleute lassen ihre Kellerlöcher vermauern“, wird der „Kln. Ztg.“ aus Paris berichtet und dieser Umstand zeichnet recht deutlich die herrschende Stimmung in der Seinestadt. Eine allgemeine Panik hat sich der Gemüther bemächtigt, die um so niederschmetternder wirkt, als bis vor kurzem allgemeinste Sorglosigkeit herrschte. Oeffentliche Anschläge, die zur Revolution, zu Mord und Brand aufregen, gehören zu dem Alltäglichen und Versammlungen revolutionärer Tendenz werden fortgesetzt in Paris und in den Provinzialstädten abgehalten, als existire schon keine Polizei und keine Regierungsgewalt mehr, die für die öffentliche Ruhe einzustehen hätten. Die Regierung des Herrn Grevy hat keine gesetzlichen Mittel, um diesem verbrecherischen Treiben Einhalt zu thun. Dank dem ungestümen Drängen Gambettas hat sie sich aller politischen Handhaben zur Bändigung der Umsturzpartei beraubt. Man glaube auch ja nicht, daß diese Agitation auf Paris und die großen Städte beschränkt sei. Das revolutionäre Gift hat seine Kanäle bis tief in die Provinzbevölkerung hineingehohlet und die Arbeiterbevölkerung außerhalb Paris ist ebenso fanaticisiert, wie in Paris selber. In Vienne (Departement Isère) sagte ein Arbeiterführer seinen Zuhörern: „Keine Arbeiter mehr! Keine Reichen mehr! Keine Spießbürger mehr! Die Arbeiter haben genug gearbeitet! Es lebe das Dynamit! Es lebe die Commune!“ Solch tolles Zeug übertrifft die deutschen radikalsten Socialdemokraten und dennoch fand es in Vienne, wie der Bericht hinzufügt, den rauschendsten Beifall der Zuhörer. — In einer der letzten Nächte haben lärmende Volkshäufen unter Abfingung der Marcellaife in feindseliger Weise vor dem Palaste Grevys und der Wohnung Gambettas, der sich auf dem Lande aufhielt, demonstriert. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — Hochefort befindet sich jetzt in seinem Elemente; er ist dieser Tage nach Montcau-les-Mines abgereist, um unter die Angehörigen der verhassten Arbeiter von ihm selbst gesammelte 4000 Frank zu vertheilen.

Der französische Ministerpräsident Duclerc hat anlässlich der anarchistischen Bewegung Rücksprache mit dem schweizer Bundesgesandten Dr. Klein genommen. Die eidgenössische Regierung in Bern zeigt sich einer Untersuchung, soweit die Fäden auf ihr Gebiet hinüberlaufen, nicht abgeneigt, hält aber die verbreiteten Gerüchte für übertrieben. — Die Regierung soll beabsichtigen, aus Anlaß der anarchistischen Bewegung den Belagerungszustand über die beiden meist unterwählten Departements zu verhängen.

Nachdem in der Nacht zum Sonnabend der Bei von Tunis gestorben, erscheint der neueste Vertrag

zwischen Frankreich und Tunis, durch den die gesammte Verwaltung Tunisiens an Frankreich übergeht, von erhöhter Bedeutung. Der Telegraph meldet zwar, der rechtmäßige Nachfolger habe die Regierungsgewalt übernommen, aber diese Gewalt ist gleich Null. — Am Sonntag fand das Begräbniß des Verstorbenen statt, bei welchem sämtliche Konsuln und die französischen Offiziere zugegen waren. Prinz Tadjeb, der lange Zeit wegen Hochverraths Gefangener, vertrat den neuen Bei, der durch Unwohlsein an der Theilnahme bei der Begräbnißfeier verhindert war.

**Schweiz.** In der Schweiz macht jetzt ein merkwürdiges Gerücht die Runde, wonach mehrere hervorragende Führer der Socialdemocratie sich zusammengethan hätten, um das alte Schloß Wyden käuflich an sich zu bringen und dasselbe künftighin zum Mittelpunkt der socialdemokratischen Agitation zu machen.

Bern, 30. October. Durch einen fürchterlichen Föhnorkan und darauf folgenden heftigen Regen sind in Grindelwald fast alle Gebäude zerstört oder beschädigt worden. Die Heuborräthe haben infolge des Regens schwer gelitten; die schönsten Bergwaldungen sind vernichtet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Das Schweizer Budget für 1883 schließt mit einigen Hunderttausend Frank Deficit ab. Ein Theil der eidgenössischen Presse tadelt, daß der Militäretat mit einem vollen Drittel des Gesamtbudgets, nämlich 16 1/2 Millionen, angelegt ist, und stellt als wahrscheinlich hin, daß der Militäretat zu ersten parlamentarischen Debatten Anlaß geben dürfte.

**Italien.** Am Sonntag haben in Italien zum ersten Male die Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz stattgefunden, durch welches die Zahl der Wähler erheblich erhöht worden war. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, ist das Wahlergebnis ein der Regierung sehr günstiges.

Der Kriegsminister beabsichtigt, demächst mit der Bildung zweier neuer Armeecorps zu beginnen. Auch für die Marine ist eine Erweiterung des Kriegsmaterials in Aussicht genommen, und hat der Vice-Admiral Acton der Kammer ein Gesetz unterbreitet, welches ihn zum Bau von vier Thurm-Panzerschiffen, sechs Kreuzern und zwölf Torpedobooten ermächtigen soll.

**Großbritannien.** Am Sonnabend Abend traf General Wolseley, vom ägyptischen Kriegsschauplatz zurückkehrend, in London ein. Trotz herrschenden Regenwetters hatte sich eine große Menschenmenge am Bahnhofe eingefunden, welche den General mit Beifallsbezeugungen begrüßte.

Trotz der entschiedenen Ablehnung, den das Project eines unterseeischen Tunnels zwischen Calais und Dover in England gefunden hat, wird die Sache dennoch im nächsten Jahre dem Parlamente von den beiden concurrenden Gesellschaften vorgelegt werden, indem jede derselben ein Gesetz vorbereitet, in welchem versucht wird, die von der Militärcommission gegen das Project erhobenen Bedenken zu entkräften.

**Rußland.** Die Gerüchte, daß der Kaiser Alexander während seiner letzten Anwesenheit in Moskau im Geheimen, wenn nicht gekrönt, so doch gekrönt worden sei, tauchen abermals auf und haben an Wahrscheinlichkeit gewonnen.

**Montenegro.** Der Fürst Nikita von Montenegro hat auf Vorschlag des Stadtrathes beschlossen, für Wien und Petersburg je eine Gesandtschaft zu er-